

STADTWERKE  
FRANKFURT AM MAIN  
HOLDING GMBH

# **Konzern- Geschäftsbericht 2006**

# **Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH - Konzern -**

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Lagebericht</b>	
Geschäftsfelder und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	4
Geschäftsverlauf 2006	9
Vermögens- und Finanzlage	13
Risikomanagement	14
Forschung und Entwicklung	15
Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken	15
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres	19
<b>Jahresabschluss 2006</b>	
Bilanz	21
Gewinn- und Verlustrechnung	23
Anhang	25
Allgemeine Angaben	25
Erläuterungen zur Bilanz	30
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	34
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	37
Haftungsverhältnisse	37
Sonstige Angaben	37
Organe der Gesellschaft	39
Beteiligungsübersicht	42
Anlagespiegel	43
<b>Kapitalflussrechnung</b>	46
<b>Eigenkapital-Entwicklung</b>	48
<b>Bestätigungsvermerk</b>	50

# Lagebericht

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2006

### I. Geschäftsfelder und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Tätigkeitsfelder der vollkonsolidierten Gesellschaften beziehen sich auf die leitungsgebundene Energie- und Wasserversorgung sowie artverwandte Dienstleistungen, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), den Bau, die Unterhaltung und den Betrieb von Hallen- und Freibädern, die thermische Abfallentsorgung sowie den Gasgeräte- und Heizungsbau und verwandte Dienstleistungen. Die Kern-Geschäftsfelder stellen die Energie- und Wasserversorgung sowie das Betreiben des ÖPNV dar.

Über insgesamt rund 740.000 Verbrauchsstellen versorgt der Konzern im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main seine Kunden mit Strom, Gas, Wasser sowie in Teilgebieten mit Wärme und Kälte, außerdem in 44 Städten und Gemeinden in der Rhein-Main-Region und Unterfranken mit Erdgas. Außerdem liefern wir hier sowie in Oberhessen Erdgas an 17 örtliche und regionale Gasversorger. Außerhalb des Konzern-Netzgebietes bieten wir Strom für Geschäftskunden bundesweit und seit Ende 2006 auch Erdgas in der Stadt Bonn an. Zusätzlich haben wir bei unserer Tätigkeit als Verkehrsdienstleister beim Betrieb des ÖPNV von Gelegenheits- und Sonderverkehren rund 162,95 Mio Fahrgäste im Jahr 2006 befördert. Darüber hinaus betreiben wir im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main insgesamt 10 Schwimmstätten. Sie verteilen sich auf drei Erlebnisbäder, ein Hallenbad und sechs Freibäder.

#### **Zum konjunkturellen Aufschwung, unterproportionaler Anstieg des Primärenergieverbrauchs sowie Fahrgastzunahme in Deutschland**

Nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes, stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorjahr real um 2,5 % (i. Vj. +0,9 %) an. Eine derart hohe Wachstumsquote war seit 2000 nicht mehr zu verzeichnen. Der Primärenergieverbrauch in Deutschland lag mit 493,6 Mio Tonnen Steinkohleeinheiten um rund 1,2 % über dem Verbrauch des Vorjahres und entwickelte sich damit jedoch deutlich unterproportional zum konjunkturellen Aufschwung. Die Ursachen lagen einerseits im weiterhin hohen Preisniveau, das zu einem sparsameren Energieverbrauch führte, und andererseits in der ungewöhnlich warmen Witterung im vierten Quartal. Bereinigt um den Temperatureffekt stieg der Primärenergieverbrauch um rund 2,5 %, da die konjunkturbedingt lebhaftere Industrieproduktion für eine steigende Nachfrage nach Erdgas, Strom und Steinkohle sorgte. Im Jahr 2006 wurden in Deutschland rd. 8.764 Mio Personen im

Öffentlichen Straßenverkehr befördert, dies bedeutet einen Anstieg von rd. 1,2 % gegenüber dem Vorjahr.

### **Entwicklung der Energiepreise und des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels**

Infolge diverser exogener Störungen (u. a. Furcht vor einem Krieg im Nahen Osten, Hurrikans) stieg der Preis für Rohöl (Brent) im Jahr 2006 bis zu einer Rekordhöhe von knapp 80 US Dollar pro Barrel. Mitte August aber platzte die Spekulationsblase und der Markt kehrte zu an Fundamentaldaten orientierten Preisen zurück. Der Abwärtstrend setzte sich dann auf Grund der weltweiten Klimaerwärmung und der dadurch bedingten schwachen Nachfrage fort, so dass die Rohölpreise im Dezember 2006 auf unter 65 US Dollar pro Barrel sanken. Der Durchschnittspreis für das Jahr 2006 lag um rund 25 % über dem des Vorjahres. Der an die Ölpreise gekoppelte Grenzübergangspreis für Erdgas folgte mit Zeitabstand der Entwicklung der Ölpreise. Das mittlere Preisniveau hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 33 % erhöht.

Im Sog steigender Rohöl- und Gaspreise sowie infolge starker Nachfrage sind auch die Kohlepreise von Januar bis Mitte August 2006 um rund 13 US Dollar pro Tonne (+22 %) zunächst auf 73 US Dollar pro Tonne gestiegen, danach aber um rund 5 US Dollar pro Tonne wieder gefallen. Durch die anhaltend hohe Nachfrage --insbesondere in China zur Stahlproduktion und Stromerzeugung-- zeigten sich die Kohlepreise wesentlich stabiler als der Ölpreis.

Die in die Strompreiskalkulation der Erzeuger einfließenden CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate haben sich bis April 2006 deutlich verteuert, da der Markt zunächst von einem Nachfrageüberhang ausgegangen war. Nachdem im April erste, gegenüber den Erwartungen deutlich niedrigere Emissionsmengen für das Jahr 2005 veröffentlicht wurden, kam es zu einem drastischen Preisverfall, bei dem die Zertifikatspreise für die erste Handelsperiode (2005 bis 2007) binnen weniger Tage um über 60 % an Wert verloren, die für die zweite Handelsperiode (2008 bis 2012) um rund 40 %. Nach einer kurzen Erholungsphase haben die Preise für die Papiere der ersten Handelsperiode weiter an Wert verloren und waren mit einem Wert von rund 6 EUR pro Tonne Ende 2006 niedriger bewertet als zum Beginn des Zertifikatehandels Ende 2004, da sich herausgestellt hat, dass mehr Zertifikate kostenlos ausgegeben als benötigt wurden. Die Papiere für die zweite Handelsperiode haben ebenfalls weiter an Wert eingebüßt, liegen aber immer noch bei rund 50 % des Höchstwertes im April 2006. Dies ist darin begründet, dass sämtliche nationalen Allokationspläne deutlich gekürzt wurden und der Markt in der zweiten Handelsperiode wieder von einer Knappheit ausgeht.

Die EU-Kommission hat dem vom Bundesumweltministerium beantragten Nationalen Allokationsplan II für Deutschland, der für die zweite Handelsperiode eine Zuteilungsmenge von 482 Mio Tonnen CO<sub>2</sub> vorsah, nicht zugestimmt. Vielmehr wurde die Zuteilungsmenge auf 453,1 Mio Tonnen CO<sub>2</sub> gekürzt. Das entspricht einer Reduzierung um insgesamt 57 Mio Tonnen CO<sub>2</sub> im Vergleich zur ersten Handelsperiode. Darüber hinaus wird die Zuteilung der Zertifikate für die Energiewirtschaft auf ein Benchmarksystem umgestellt. Für Neu- und Bestandsan-

lagen werden einheitlich die im ursprünglichen nationalen Allokationsplan nur für Neuanlagen eingeführten Emissionswerte pro Produktionseinheit auf der Basis bester verfügbarer Technik festgelegt. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erhalten, wie ursprünglich nur für Neuanlagen vorgesehen, generell eine Zuteilung sowohl für die Strom- als auch für die Wärmeerzeugung (doppelter Benchmark).

Die Preisentwicklungen der Brennstoffe (Öl, Gas, Kohle) und der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate haben fundamentalen Einfluss auf die Stromerzeugungskosten. Die Stromgroßhandelspreise folgten daher den Preisverläufen für Öl, Gas, Kohle und CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, wobei der Kohlepreis die Preise für den Sockelbedarf (Baseload) stärker bestimmt, Öl- und Gaspreise dagegen wesentlich die Spitzenbedarfspreise (Peakload) beeinflussen. Unsicherheiten bezüglich der Preisentwicklungen auf den Brennstoffmärkten schlugen sich zudem mit entsprechenden Risikoprämien in den Terminmarktpreisen für Strom nieder. Dies war vor allem beim hohen Peakload-Preis auf Grund des rasanten Ölpreisanstiegs der Fall. Der seit April 2006 zu beobachtende Rückgang der Terminpreise auf dem Stromgroßhandelsmarkt --beispielsweise für Baseload von rund 60 auf 50 EUR pro MWh-- ist die Folge sinkender Brennstoff- und CO<sub>2</sub>-Zertifikatepreise sowie des durch den milden Winter bedingten niedrigen Energiebedarfs und wurde zum Ende des Jahres zusätzlich durch sehr niedrige Spotmarktpreise unterstützt. Im Jahresdurchschnitt lag das Strompreisniveau 2006 um rund 33 % über dem des Vorjahres.

### **Regulierung der Netznutzungsentgelte Strom und Gas**

Die im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) festgeschriebene staatliche Regulierung der Netznutzungsentgelte für Strom und Gas mündete im Jahr 2006 in konkrete Kürzungsvorgaben seitens der Bundesnetzagentur (BNetzA) und der Landesregulierungsbehörden. Im Rahmen der Prüfung der Entgeltanträge, deren Fokus auf den Kapitalkosten lag, wurden vorhandene Kostenpositionen in erheblichem Umfang aberkannt. Die Netzentgelte der NRM wurden im Netzbereich Frankfurt am Main für Strom mit Wirkung zum 1. September 2006 um rund 14 % und für Gas mit Wirkung zum 22. Dezember 2006 um rund 19 % und für den Netzbereich Hanau mit Bescheid vom 2. März 2007 um rund 10 % gegenüber dem Antrag gekürzt. Für das Netzgebiet der GMS hat die Bundesnetzagentur mit Bescheid vom 11. April 2007 Netzentgelte genehmigt, die um rund 7 % gegenüber den beantragten Entgelten gekürzt wurden.

Die NRM hat darauf verzichtet, gegen die Bescheide der BNetzA für die Netzgebiete Frankfurt am Main und Hanau Beschwerde einzulegen, da die Erfolgsaussichten zum Zeitpunkt der Beschwerdefrist als insgesamt zu gering erachtet wurden. Gleichwohl sind wir der Auffassung, dass die von der BNetzA und den Landesregulierungsbehörden angewendeten Grundsätze im Rahmen der Kostenprüfung nicht den anerkannten betriebswirtschaftlichen Kalkulationsgrundsätzen entsprechen und die Kostenkürzungen in nicht gerechtfertigtem Umfang zu Lasten der Eigenkapitalgeber (Aktionäre) gehen. Falls sich die regulatorischen Rahmenbedingungen z. B. durch Gerichtsentscheidungen ändern, kann jederzeit ein neuer Antrag gestellt werden. Die

GMS hat gegen die Kürzung der Netzentgelte bei der BNetzA Beschwerde eingelegt, über die noch nicht entschieden wurde.

### **Neues Gasnetzzugangsmodell**

Um die Voraussetzungen für den Wettbewerb im Gasmarkt zu schaffen und den Kunden die freie Wahl ihres Versorgers zu ermöglichen, wird der Gasnetzzugang gemäß § 20 EnWG neu geregelt. Künftig erfolgt die Abwicklung des Gastransports allein über das Zweivertragsmodell (Entry-Exit-Modell), nachdem das Einzelbuchungsmodell im November 2006 durch die BNetzA untersagt wurde. Grundidee ist eine Unterteilung der deutschen Erdgasnetze in mehrere Marktgebiete. In jedem dieser Marktgebiete wird ein so genannter virtueller Handlungspunkt eingerichtet. Der netzübergreifende Transport von Gas findet innerhalb eines Marktgebietes auf der Grundlage von nur zwei Verträgen statt: einem Einspeisevertrag und einem Ausspeisevertrag. Der Einspeisevertrag regelt dabei die Einspeisung von Gas an einem bestimmten Einspeisepunkt in das Marktgebiet und wird zwischen dem Netzbetreiber des Einspeisepunktes und dem Händler (Transportkunden) abgeschlossen. Der Netzbetreiber des Einspeisepunktes ist demzufolge verpflichtet, das Gas zu übernehmen. Nach der Einspeisung und vor der Ausspeisung kann das Gas am virtuellen Handlungspunkt innerhalb eines Marktgebietes gehandelt werden. Der Händler kann das eingespeiste Gas überall im Marktgebiet ausspeisen, wo auch immer er einen Ausspeisevertrag abschließt. Der zwischen dem Händler und dem Netzbetreiber des Ausspeisepunktes abgeschlossene Vertrag regelt darin die Ausspeisung von Gas an einem bestimmten Punkt des Marktgebietes zur Belieferung des Letztverbrauchers und beinhaltet das Recht auf Transport vom virtuellen Handlungspunkt zum Ausspeisepunkt. Grundsätzlich reservieren die Netzbetreiber die von den Transportkunden benötigten Kapazitäten.

Die Detailregelungen zum Gastransport sind Gegenstand einer zwischen Gasnetzbetreibern abzuschließenden Kooperationsvereinbarung, die ab 1. Juni 2007 gilt. Sie stellt die Rahmenbedingungen dar, die die Gasnetzbetreiber nun konkret in verschiedene Verträge mit ihren vor- und nachgelagerten Netzbetreibern sowie in entsprechende unternehmensinterne Handlungsabläufe überführen müssen.

### **Kartellverfahren zur Wirksamkeit langfristiger Gaslieferverträge**

Bis zum 1. Oktober 2007 ist nach dem vom Bundeskartellamt im Januar 2006 gegen die E.ON Ruhrgas AG, Essen, eingeleiteten Musterverfahren eine Vertragsanpassung auch für Gaslieferverträge der weiterverteilenden Gasversorgungsunternehmen erforderlich. Langfristige Lieferverträge sind demnach nur noch bei einer Lieferquote bis zu 50 % zulässig. Die zulässige Laufzeit verkürzt sich bei einer Lieferquote zwischen 50 und 80 % auf vier Jahre und bei einer Lieferquote über 80 % auf zwei Jahre. Auf die Gasbezugsverträge der Mainova haben diese neuen kartellrechtlichen Rahmenbedingungen keine Auswirkungen, da sie vom Bundeskartellamt als unbedenklich eingestuft wurden. Wir haben unser Lieferantenportfolio diversifiziert und beziehen Erdgas von E.ON Ruhrgas und der Gas-Union GmbH (Gas-Union), die ihrerseits Bezugs-

verträge mit Lieferanten abgeschlossen haben, von denen keiner eine Lieferquote über 50 % besitzt. Dieses Bezugsportfolio wird gegenwärtig mit dem Ziel weiter optimiert, neue Bezugsquellen zu erschließen und auch Teilmengen über den Spotmarkt zu beschaffen.

Unsere langfristigen Lieferverträge mit 17 Weiterverteilern erfahren auf Grund der kartellrechtlichen Anforderungen eine entsprechende Neugestaltung. Wir berücksichtigen dabei den derzeitigen Stand und die überschaubare weitere Marktentwicklung ebenso wie das von der BNetzA für den Gasnetzzugang exklusiv vorgegebene Zweivertragsmodell. Insbesondere zur nachhaltigen Sicherung der von unseren Kunden und Beteiligungen für die öffentliche Gasversorgung benötigten Erdgasmengen nutzen wir die Stärke und Flexibilität unserer Gasbeschaffungsgesellschaft Gas-Union und kombinieren diese Vorteile mit unseren Kompetenzen im Energiehandel, im Marketing, in der Kommunikation und im Endkundenvertriebsgeschäft.

### **Neuregelung der Allgemeinen Versorgungsbedingungen**

Mit Wirkung zum 8. November 2006 traten vier neue Verordnungen in Kraft, die die im EnWG geforderte Entflechtung von Netz und Vertrieb im Bereich der Versorgung von Haushaltskunden umsetzen. Im Bereich des Netzanschlusses ersetzen und erweitern die Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) und die Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) die seit 1979 geltenden Verordnungen über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitäts- und Gasversorgung von Tarifkunden (AVBEltV und AVBGasV). Auf vertrieblicher Seite erfolgt dies durch die Grundversorgungsverordnung Strom (StromGVV) und die Grundversorgungsverordnung Gas (GasGVV). Für alle neuen Verträge --einschließlich der Verträge, die nach dem 12. Juli 2005 geschlossen wurden-- sind die gesetzlichen Neuregelungen unmittelbar anwendbar. Die vor dem 12. Juli 2005 abgeschlossenen Verträge sind gemäß § 115 EnWG im Rahmen einer Übergangsfrist von sechs bzw. zwölf Monaten anzupassen.

Die Verordnungen regeln die Beziehungen des örtlichen Grund- und Ersatzversorgers sowie des Netzbetreibers zum Kunden mit deutlichem Fokus auf einem verbesserten Verbraucherschutz und einer Stärkung der Rechtsstellung der Kunden. Versorgern und Netzbetreibern sind erhebliche Pflichterweiterungen im Bereich des Informationsmanagements, der Form-, Frist- und Verfahrensgestaltung sowie der Haftungstatbestände und -höchstgrenzen auferlegt worden. Dazu zählt u. a. die öffentliche Bekanntgabe von Änderungen der Allgemeinen Preise mindestens sechs Wochen im Voraus. Änderungen sind dem Kunden nunmehr brieflich mitzuteilen und auf der Internetseite zu veröffentlichen. Ferner gibt es wesentliche Neuerungen in der Gestaltung der Baukostenzuschüsse und der Kostenpauschalen für Netzanschlüsse.

### **Liberalisierung des Verkehrsmarktes**

Wir haben vor dem Hintergrund der durch die Liberalisierung des Verkehrsmarktes entstandenen Veränderungen sowie europäischer Vorgaben den bereits in den Vorjahren eingeleiteten Um- und Restrukturierungsprozess, der zur Verschlankeung sowie Rationalisierung von Arbeits-

prozessen und darüber hinaus zu strukturellen Anpassungen geführt hat, auch im Jahr 2006 fortgesetzt. Dabei wurden die bisher umgesetzten Maßnahmen zur Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit im ÖPNV vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 sowie unter Zugrundelegung des am 19. Oktober 2006 ergangenen Urteils des BVerwG in Leipzig zur Frage der rechtssicheren Teilbereichsausnahme zielstrebig fortgeführt und durch zusätzliche Maßnahmen ergänzt.

## **II. Geschäftsverlauf 2006**

### **Absatzentwicklung**

Die Entwicklung in den einzelnen Geschäftsbereichen stellt sich wie folgt dar:

### **Energie- und Wasserversorgung**

In unserem Netzgebiet haben wir über die Mainova sowie ihre Tochtergesellschaften knapp 4,4 Mrd kWh (+2,8 %) Strom verteilt und davon gut 3,5 Mrd kWh (-1,9 %) an die eigenen Stromkunden geliefert.

Die gesamte abgegebene Gasmenge lag mit 23,1 Mrd kWh um 3,6 % unter dem Wert des Vorjahres. Der Rückgang ist vor allem witterungsbedingt verursacht.

Die nutzbare Wärmeabgabe blieb mit 1,7 Mrd kWh nahezu unverändert. Unsere Kältelieferungen an den Frankfurter Flughafen haben sich um 12,3 % auf 109,0 Mio kWh verringert.

Die nutzbare Wasserabgabe von 43,1 Mio m<sup>3</sup> lag um 1,5 % unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Minderbezug unserer Privat- und Kleingewerkekunden.

### **Öffentlicher Personennahverkehr**

Im Berichtsjahr wurden 163,0 Mio Fahrgäste in U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen befördert. Dies bedeutet einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von rd. 8,8 Mio Fahrgästen (+5,71 %). Der Anstieg der Fahrgastzahlen bestätigt weiterhin den seit dem zweiten Halbjahr 2005 anhaltenden Trend im Fahrgastaufkommen. Getragen wird dieser Zuwachs insbesondere durch höhere Fahrgastzahlen im Zeitkartenbereich. Dabei weist ein deutlicher Anstieg der Jobticketkunden infolge der konjunkturellen Belebung auf eine höhere Nachfrage im Berufsverkehr hin. Gleichzeitig hat die Einführung des neuen Tarifangebotes der 9-Uhr-Zeitkarten zusätzliche Nachfragepotenziale erschlossen. Außerdem wirkten sich die beiden Sondereffekte Fußball-WM im Juni und Juli 2006 sowie die S-Bahn-Tunnelsperrung im Frankfurter Stadtgebiet vom 31. Juli bis 18. August 2006 positiv auf die Nachfrage aus.

## **Öffentliche Schwimmstätten**

Insgesamt konnten im Jahr 2006 in den Frankfurter Schwimmstätten rd. 2,3 Mio Eintritte verzeichnet werden. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio Eintritte (+4,5 %) resultiert ausschließlich aus witterungsbedingten Einflüssen.

## **Produktion und Beschaffung**

In unseren drei eigenen Heizkraftwerken wurden neben der Fernwärme für die Fernheiznetze Innenstadt, Niederrad und Nordweststadt rd. 44 % (i. Vj. 43 %) unseres Stromaufkommens aus Steinkohle (51 %) und Erdgas (35 %) sowie aus Dampflieferungen der Abfallverbrennungsanlage in der Nordweststadt produziert. Nach Inbetriebnahme der ersten beiden neuen Verbrennungslinien wurden 2006 in der Abfallverbrennungsanlage in der Nordweststadt insgesamt 260.000 Tonnen (i. Vj. 161.000 Tonnen) Müll verbrannt und damit 737.000 Tonnen (i. Vj. 436.000 Tonnen) Dampf zur Wärme- und Stromerzeugung produziert. Entsprechend ließ sich der Einsatz von Heizöl zur reinen Wärmeerzeugung im HKW-Nordweststadt reduzieren. Die Stromerzeugung im HKW-Niederrad ist mit dem erstmals ganzjährigen Einsatz der neuen Gasturbine weiter gestiegen. Dagegen wurde die Gasturbine im HKW-West lediglich in geringem Umfang eingesetzt. Die Kohleblöcke im HKW West waren unverändert fast ganzjährig ausgelastet. Im Biomasse Kraftwerk Fechenheim wurden in 2006 aus der Verbrennung von rund 90 Tonnen Altholz und Grünschnitt 64,3 Mio kWh (i. Vj. 40 Mio kWh) Strom erzeugt und in unser Netz eingespeist.

In 2006 emittierten unsere Heizkraftwerke, für die auf Grund der gesetzlichen Vorgaben zur Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen entsprechende Emissionsrechte benötigt werden, insgesamt 1.359.000 Tonnen CO<sub>2</sub>. Die Verbrennung der Steinkohle im HKW-West verursachte davon 72 %. Den Anlagen wurden Emissionsrechte für ein Gesamtvolumen von 1.295.089 Tonnen CO<sub>2</sub> zugeteilt, womit die Emissionen weitgehend durch die zugeteilten Zertifikate abgedeckt waren. Letzte Unsicherheiten beinhalten die wahrscheinlich noch ausstehenden Korrekturen einiger Zuteilungsentscheidungen.

Wir beziehen die gesamte Absatzmenge für unseren Stromvertrieb über die Stromhandelsgesellschaft Syneco GmbH und Co. KG, München, an der wir zusammen mit der Thüga AG und der Nürnberger N-ERGIE Aktiengesellschaft auch maßgeblich beteiligt sind. Zur Optimierung unserer Beschaffungsstrukturen haben wir ab dem 1. Januar 2006 darüber hinaus einen Energiebezugsvertrag auf Basis der Erzeugungskosten eines Kohlekraftwerks abgeschlossen („virtuelle Kraftwerksscheibe“). Die über diesen Vertrag bezogenen Strommengen haben wir --ebenso wie die eigen erzeugten Strommengen-- zum Zwecke der Rentabilitätsbemessung der Mainova-Kraftwerke vollständig über die Syneco am Markt platziert.

Rechnerisch haben wir rund 58 % der an Endkunden verkauften Strommengen aus umweltfreundlichen eigenen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen), dem Biomasse-

Kraftwerk der BKF, Wasserkraft und der Pflichtabnahme von Strom aus erneuerbaren Energien (EEG) von der E.ON Netz GmbH bezogen. Der Anteil der EEG-Mengen stieg auf 10,5 % (i. Vj. 9,9 %).

Gaslieferanten waren unverändert unsere Beteiligungsgesellschaft Gas-Union (82,3 %) und die E.ON Ruhrgas.

Sparmaßnahmen unserer Kunden führten zu einem Rückgang unseres Trinkwasserabsatzes auf 42,3 Mio m<sup>3</sup>. Alleiniger Wasserlieferant war und ist die Hessenwasser GmbH & Co. KG, an der wir über die Mainova mit 36,4 % beteiligt sind. Mit Hessenwasser besteht ein langfristiger Lieferungsvertrag für den gesamten Wasserbedarf der Mainova.

Auf Grund der Verpflichtung einen bedarfsgerechten und attraktiven ÖPNV durchzuführen, wurde in 2006 mit der Verstärkung der Fahrstromversorgung begonnen, um moderne Straßen- und U-Bahnfahrzeuge zur Steigerung der Kundenzufriedenheit einsetzen zu können. Weiterhin wurden die analogen BOS-Funkanlagen für die Tunnelbauwerke und die dynamischen Fahrgastinformationsanzeigen (DFI) nachgerüstet, Weichen erneuert und Verstärkungen des Gleisnetzes in Teilbereichen vorgenommen. Darüber hinaus wurde das Projekt Sicherheit und Service, mit hoher Bedeutung für die Fahrgastsicherheit, fortgeführt.

Die dem Bereich öffentliche Schwimmbäder zugewiesenen Aufgaben bezogen sich im Jahr 2006 vor allem auf den Bau, die Unterhaltung und den Betrieb von Hallen- und Freibädern. Besonders zu erwähnende Maßnahme ist die Sanierung des Brentanobades sowie die Revitalisierung des Riedbades in Bergen-Enkheim und die Errichtung eines Außenplanschbeckens inklusive Filtergebäude im Rebstockbad.

### **Ertragslage**

Die Konzernumsatzerlöse beliefen sich im Berichtszeitraum auf EUR 1.770,2 Mio und lagen damit um EUR 245,8 Mio bzw. 16,1 % über den Vorjahreserlösen.

Der Umsatz aus dem Gasverkauf erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 120,6 Mio auf EUR 828,5 Mio (+17,0 %).

Im Berichtszeitraum wurden aus dem Stromgeschäft Umsatzerlöse in Höhe von EUR 505,9 Mio erzielt, dies waren EUR 98,8 Mio (+24,3 %) mehr als im Vorjahr.

Die Erlöse aus dem Verkauf von Wärme lagen mit EUR 101,3 Mio um EUR 9,0 Mio (+9,7 %) über dem Vorjahreswert.

Die Erlöse aus dem Wasserverkauf verringerten sich um EUR 4,8 Mio (-5,8 %) auf EUR 78,7 Mio.

Der Anstieg der Umsatzerlöse im Berichtsjahr resultiert vor allem aus den gestiegenen Absatzpreisen in den Bereichen Gas- und Wärmelieferungen.

Ferner ist ein wesentlicher Anstieg der Umsatzerlöse auf gestiegene Absatzmengen bei Stromlieferungen zurückzuführen.

Die Erlöse aus Verkehrsleistungen lagen mit EUR 160,1 Mio um EUR 14,7 Mio (+10,1 %) über dem Vorjahresergebnis. Der Anstieg resultiert vor allem aus den vorgenommenen Tarifierhebungen für Fahrkarten durch den RMV sowie aus erbrachten Infrastruktur- und Vertriebsleistungen für die ausgeschriebenen Busverkehre.

Die Umsatzerlöse aus Einnahmen von Eintrittsgeldern für den Besuch von Frankfurter Schwimmstätten sind um EUR 0,2 Mio auf EUR 6,9 Mio gestiegen (+3,0 %) und resultieren aus dem Anstieg der Besucherzahlen.

Der Materialaufwand erhöhte sich vor allem wegen der stark gestiegenen Bezugskosten für Erdgas und Strom um 25,3 % auf EUR 1.248,4 Mio. Das Rohergebnis (Umsatzerlöse abzüglich Materialaufwand) sank um 1,1 % auf EUR 521,7 Mio.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % gesunken. Der Rückgang resultiert vor allem aus dem Personalrückgang.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (EUR -3,8 Mio) resultiert vor allem aus gesunkenen Rückstellungszuführungen, insbesondere Grundstücksrisiken auf Grund von Altlasten und konzessionsrechtliche Risiken.

Das Ergebnis aus at-equity-Beteiligungen betrifft die Erträge aus assoziierten Unternehmen mit den im Rahmen der Equity-Fortschreibung vereinnahmten Jahresergebnissen in Höhe von EUR 65,3 Mio. Im Vorjahr waren hier Aufwendungen aus außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von EUR 11,0 Mio enthalten. Die Wertminderung entfiel auf die Stadtwerke Hanau GmbH.

Der Rückgang der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen resultiert überwiegend aus planmäßig geleisteten Tilgungen von Fremddarlehen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht und schließt mit einem positiven Betrag in Höhe von EUR 64,1 Mio (i. Vj. EUR 56,3 Mio) ab.

Der Jahresüberschuss des Konzerns beträgt EUR 60,0 Mio (i. Vj. EUR 46,9 Mio). Nach Verrechnung des auf andere Gesellschafter entfallenden Gewinns ergibt sich ein Konzerngewinn von EUR 44,9 Mio (i. Vj. EUR 27,5 Mio).

### **III. Vermögens- und Finanzlage**

Die Konzern-Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr infolge der nachstehend aufgeführten Entwicklungen um EUR 268,6 Mio erhöht.

Auf der Aktivseite nahmen die immateriellen Vermögensgegenstände um EUR 2,8 Mio ab, das Sachanlagevermögen erhöhte sich bei Abschreibungen von EUR 120,2 Mio vor allem durch die erstmalige Einbeziehung der AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA) in den Konzernabschluss sowie Investitionstätigkeiten um EUR 160,7 Mio.

Im Konzern wurden im Berichtsjahr EUR 186,9 Mio (i. Vj. EUR 130,4 Mio) in Sachanlagen investiert.

Den Schwerpunkt der Zugänge bei den Sachanlagen bildet die Grundsanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt einschließlich des zugehörigen Heizkraftwerkes, die Erneuerung des Heizkraftwerkes Niederrad, die Erweiterung und Erneuerung der Verteilungsanlagen im Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebereich, der Neubau eines Verwaltungsgebäudes sowie die Neuanschaffung von Fahrzeugen für den Personennahverkehr und der Ausbau des vorhandenen Streckennetzes einschließlich der hierfür geleisteten Anzahlungen. Die Abgänge resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf bzw. der Verschrottung von älteren Fahrzeugen für den Personennahverkehr und von Verteilungsanlagen. Im Nahverkehrssektor betraf der Anlagenzugang im Wesentlichen den Ausbau des vorhandenen Streckennetzes sowie die Neuanschaffung von Fahrzeugen für den Personenverkehr.

Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich um EUR 60,3 Mio. Maßgebend hierfür ist der Ansatz der assoziierten Unternehmen im Rahmen der Equity-Fortschreibung.

Die Vorräte haben sich um EUR 2,4 Mio, die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich stichtagsbedingt um EUR 9,1 Mio verringert. Der Kassenbestand sowie die Guthaben bei Kreditinstituten stiegen um EUR 61,7 Mio.

Der Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich um EUR 0,1 Mio.

Der Anteil des Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich geringfügig auf 53,0 % (i. Vj. 52,1 %).

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um EUR 61,1 Mio erhöht. Die empfangenen Ertragszuschüsse reduzierten sich auflösungsbedingt um EUR 9,1 Mio, die Rückstellungen stiegen hauptsächlich auf Grund von Zuführungen für Restrukturierungsmaßnahmen und Wertminderungen um EUR 49,7 Mio.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um EUR 167,4 Mio und der Rechnungsabgrenzungsposten ging um EUR 0,5 Mio zurück. Der Anstieg der Verbindlichkeiten resultiert überwiegend aus der

erstmaligen Einbeziehung der AVA in den Konzernabschluss und dem hiermit verbundenem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Zum Bilanzstichtag war auf der Basis einer nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen aufbereiteten Bilanz das Anlagevermögen zu 77,4 % durch Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gedeckt, die Eigenkapitalquote erhöhte sich geringfügig von 19,3 % auf 19,7 %. Die Verbindlichkeiten haben einen Anteil von 53,3 % (i. Vj. 52,2 %) an der Bilanzsumme. Den größten Anteil an den Verbindlichkeiten haben mit 64,0 % (i. Vj. 64,6 %) die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; ihr Anteil an der Bilanzsumme beläuft sich auf 34,1 % (i. Vj. 33,7 %).

Die finanzielle Entwicklung des Konzerns ist der Kapitalflussrechnung zu entnehmen. Aus dem um rund EUR 139,4 Mio erhöhten Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit konnten die im Cash Flow der Finanzierungstätigkeit enthaltenen planmäßigen Rückführungen der langfristigen Kredite (EUR 35,7 Mio) sowie die Garantiedividende (EUR 13,1 Mio) und die Nettoinvestitionen voll finanziert werden. Die verbleibenden flüssigen Mittel sowie die übernommene Liquidität der erstmals einbezogenen AVA (EUR 26,9 Mio) führten zu einer Erhöhung des Finanzmittelbestandes zum Jahresende auf EUR 121,3 Mio (i. Vj. EUR 56,6 Mio).

#### **IV. Risikomanagement**

Risiken der zukünftigen Entwicklung des SWFH-Konzerns ergeben sich im Wesentlichen aus der dauerhaften Verlustsituation der Bereiche öffentlicher Personennahverkehr und öffentliche Schwimmbäder, welche sich vor allem auf Eigenkapital und Finanzierung auswirken.

Dem Finanzierungsrisiko im Konzern kommt wegen des hohen Finanzbedarfes infolge der geplanten umfangreichen Beschaffung neuer Schienenfahrzeuge und dem eventuellen Wegfall von Subventionen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) weiterhin große Bedeutung zu. Der Finanzbedarf 2007 ist durch interne Finanzierung abgedeckt.

Aus der Übernahme von weiteren Aufgaben können sich erhebliche Auswirkungen auf die Ertrags- und Finanzlage des Konzerns ergeben, wobei über konkrete Maßnahmen noch nicht entschieden ist.

Die Möglichkeit, sich kurzfristig über die Linie bei Banken zu finanzieren, wurde 2006 nicht ausgeschöpft und für 2007 ist dies auch nicht zu erwarten. Das Liquiditätsrisiko des Konzerns ist durch die Bereitstellung von Kreditlinien gedeckt. Die Kreditlinie bei der Hausbank über EUR 100,0 Mio wird seit einem Jahr (bis auf kurzfristige Ausnahmen) nicht in Anspruch genommen. Darüber hinaus besteht unverändert die Möglichkeit, sich über die Stadtkasse der Stadt Frankfurt am Main zu refinanzieren.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Prüfung des Risikoportfolios durch die Geschäftsführung aufzeigt, dass Risiken mit existenzgefährdenden Auswirkungen auf die Finanz-, Liquiditäts- und Ertragslage des SWFH-Konzerns bestehen, mit deren Eintritt innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre jedoch nicht gerechnet wird.

Die Gestaltung des Risikomanagements innerhalb der SWFH entspricht den gesetzlichen Anforderungen des KonTraG.

## **V. Forschung und Entwicklung**

In Gemeinschaftsprojekten mit unterschiedlichen Partnern beteiligen wir uns über die Mainova an mehreren anwendungsorientierten Entwicklungsvorhaben in den Bereichen rationelle Energieanwendung und neue Techniken; u. a. erproben wir Photovoltaikmodule der jüngsten Generation in einer Photovoltaik-Großanlage.

Besondere Bedeutung messen wir dezentral und mobil einsetzbaren Techniken zur effizienten Energienutzung bei.

Dabei konzentrieren wir uns zurzeit gemeinsam mit unseren jeweiligen Partnern auf solche Entwicklungen, die sich in besonderer Weise für das umweltschonende Erdgas als Brennstoff eignen und in absehbarer Zeit reelle Marktchancen haben. Dazu gehören die Microgasturbine, das Blockheizkraftwerk mit Stirling-Motor, die Diffusions-Absorptions-Wärmepumpe und der monovalente Erdgasmotor für Nutzfahrzeuge.

## **VI. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken**

Für das Geschäftsjahr 2007 geht die Bundesregierung bei unverändert günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen von einem Anstieg des BIP um rund 2,3 % aus. Die Dynamik des Vorjahres setzt sich damit weiter fort, wird jedoch verlangsamt durch die Umsatzsteuererhöhung zum 1. Januar 2007. Diese entzieht den privaten Konsumenten Kaufkraft und sorgt zu einem geringeren Anteil auch für Nachfrageausfälle auf Grund von vorgezogenen Ausgaben. Die Verbraucherpreise steigen im Sog der Energiepreise um rund 2,3 %. Rückläufig verhält sich die Arbeitslosenquote als Ausdruck einer anhaltenden Entspannung des Arbeitsmarkts. Die Exporte steigen in 2007 infolge der sich etwas abkühlenden Weltkonjunktur weniger kräftig an als im Vorjahr.

Nach dem deutlichen Rückgang der Erdölnotierungen im zweiten Halbjahr 2006 und einem weiteren Wertverlust zu Jahresbeginn haben sich die Preise für Rohöl Brent auf einem Niveau von rund 60 US Dollar pro Barrel gegen Ende des ersten Quartals 2007 eingependelt. Wir er-

warten im weiteren Jahresverlauf eine stark schwankende Seitwärtsentwicklung, die einerseits von den fundamentalen Rahmendaten, andererseits aber auch von der Angst vor exogenen Störungen (z. B. Hurrikans im Sommer) geprägt sein wird. Der Grenzübergangspreis für Erdgas wird weiter zeitversetzt den Entwicklungen an den Ölmärkten folgen. Auf Grund des deutlichen Rückgangs der Ölnotierungen im zweiten Halbjahr 2006 wird mit einem leichten Rückgang des Grenzübergangspreises mit Beginn des zweiten Quartals 2007 gerechnet. Sollte der Trend auf den Ölmärkten Bestand haben, erwarten wir eine Fortsetzung des leicht rückläufigen Trends auch für das restliche Jahr 2007. Die Entwicklung des Gashandels in Deutschland wird durch den Zusammenschluss der Marktgebiete der E.ON Gastransport AG & Co. KG, Essen, zu einem Marktgebiet und durch die Implementierung einer Gasbörse an der EEX jeweils zum 1. Oktober 2007 weiter vorangetrieben.

Die Kohlenotierungen werden durch eine anhaltend hohe Nachfrage nach Kraftwerkskohle aus dem asiatischen Raum gestützt. Gleichzeitig können saisonale Angebots- und Nachfrageschwankungen sowie die Beseitigung bestehender Logistikprobleme in einigen Förderregionen vorübergehend einen leichten Preisrückgang auslösen. Insgesamt gesehen sollten die Preise für Kraftwerkskohle mindestens das Niveau des ersten Quartals 2007 von rund 63 EUR pro Tonne halten.

Bei den CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreisen für die erste Handelsperiode geht der Markt davon aus, dass die erwartete Überallokation von Verschmutzungsrechten nach Beendigung der laufenden Handelsphase auch faktisch von der EU bestätigt werden. Demzufolge werden, abgesehen von rein spekulativen Bewegungen, die Zertifikate ihren derzeitigen Wert von etwas mehr als einem EUR nicht nachhaltig überschreiten. Die Rechte für die zweite Handelsperiode notierten Anfang 2007 bei 15 bis 17 EUR pro Tonne und werden von der Unsicherheit über die letztendliche Ausgestaltung der nationalen Allokationspläne belastet. Solange diese noch besteht, dürften die Preise sich in einer Spanne zwischen 13 und 20 EUR pro Tonne bewegen.

Der SWFH-Konzern ist vor dem Hintergrund der durch die Liberalisierung des Energie- und Verkehrsmarktes entstandenen Veränderungen sowie europäischer Vorgaben gehalten, den bereits in den Vorjahren eingeleiteten Um- und Restrukturierungsprozess, der zur Verschlan-  
kung sowie Rationalisierung von Arbeitsprozessen und darüber hinaus zu strukturellen Anpassungen geführt hat, auch im Jahr 2007 fortzuführen.

Im Bereich Energie- und Wasserversorgung konnten die Kostensteigerungen auf der Beschaffungsseite noch nicht in vollem Umfang durch höhere Endkundenpreise kompensiert werden. Für 2007 erwarten wir dennoch, bei weiterer konjunktureller Belebung und „normalen“ Temperaturen im kommenden Winter, dass das Ergebnis des Jahres 2006 erreicht wird.

Die Regulierung der Netzentgelte wird die zukünftigen Ergebnisse bei Mainova und NRM in erheblichem Umfang belasten. Anders als im Geschäftsjahr 2006, in dem sich die Netzentgeltkürzungen durch die Zeitpunkte der Genehmigung für Strom zur Mitte bzw. für Gas zum Ende

des Jahres erst teilweise auswirkten, wird die Kürzung der Netzentgelte in 2007 in vollem Umfang wirksam. Die Kürzungen der beantragten Netzkosten um rund 14 % für das Stromnetz im Netzgebiet Frankfurt am Main bedeuten für die NRM Umsatzeinbußen in Höhe von rund EUR 22,6 Mio. Im Gasnetz entspricht die Kostenkürzung von rund 19 % einem Umsatzverlust von rund EUR 20 Mio. Die Höhe der daraus resultierenden Ergebniswirkung bei Mainova ist abhängig von der Entwicklung der Endkundenpreise Strom und Gas und kann daher heute noch nicht abschließend beurteilt werden.

Bis zum Übergang in die sogenannte „Anreizregulierung“ voraussichtlich zum 1. Januar 2009 ist eine weitere kostenorientierte Entgeltgenehmigung geplant. Dabei dürfte der Fokus diesmal auf der Kürzung der Betriebskosten liegen. Die Anträge für die Netzentgelte Strom sind bis zum 30. Juni 2007, für die Netzentgelte Gas bis zum 30. September 2007 bei der BNetzA bzw. den Landesregulierungsbehörden einzureichen. Die dann genehmigten Netzentgelte Strom und Gas gelten bis zum Beginn der Anreizregulierung und sind die Ausgangsbasis für die weitere Erlösentwicklung. Ihren Bericht zur Einführung der Anreizregulierung nach § 21a EnWG hat die Bundesnetzagentur dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) am 30. Juni 2006 vorgelegt. Dem BMWi obliegt es nun, eine entsprechende Anreizregulierungsverordnung zu entwerfen, deren Verabschiedung im Bundesrat bis Ende September 2007 vorgesehen ist. Ein erstes Eckpunktepapier wurde vom BMWi am 16. November 2006 veröffentlicht. Ziel ist es, die Netzentgelte über eine Dauer von zunächst zwei Regulierungsperioden à vier Jahren schrittweise zu senken, wofür die Regulierungsbehörden den Netzbetreibern konkrete Zielvorgaben machen werden. Diese Zielvorgaben werden sich aus einem allgemeinen Produktivitätsfaktor, der die Produktivitätsfortschritte der Branche abbildet, und einem individuellen Produktivitätsfaktor, der die Möglichkeiten der Unternehmen zur Effizienzsteigerung berücksichtigt, zusammensetzen. Das Konzept wird sehr kontrovers diskutiert, da es aus Sicht der Netzbetreiber erhebliche Zweifel an der im EnWG festgeschriebenen Erreichbarkeit und Übertreffbarkeit der Vorgaben lässt und Planungsunsicherheiten für Netzinvestitionen birgt.

Vor dem Hintergrund der absehbaren Ergebnisentwicklung wurden im Energiesektor bereits weit reichende Maßnahmen ergriffen. Dazu zählt das im Frühjahr 2005 bereits frühzeitig gestartete Ergebnisverbesserungsprogramm, in dem verbundweit umfangreiche Einzelmaßnahmen definiert wurden, die bis zum Jahr 2009 umgesetzt werden sollen. Auch für 2007 und die Folgejahre erwarten wir daraus deutliche positive Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis. Geplant ist, das Projekt über 2009 hinaus fortzuführen und weitergehende ergebnisverbessernde Maßnahmen zu ergreifen.

Darüber hinaus ist die NRM auf Grund ihrer frühzeitigen Gründung und ihres offenen Geschäftsmodells gut darauf vorbereitet, kurzfristig weitere Netzgebiete aufzunehmen und so die genannten Risiken über Wachstum und Größenvorteile zu reduzieren. Neben unserem Gründungspartner Stadtwerke Hanau (SWH) hat auch unsere hundertprozentige Tochtergesellschaft GMS ihre Netze ab 1. Juli 2007 an die NRM verpachtet und so die Entflechtungsvorschriften fristgerecht erfüllt. Wie bereits bei Mainova und SWH werden auch die Mitarbeiter der GMS

im Wege der Arbeitnehmerüberlassung an die NRM dauerhaft überlassen. Zur langfristigen Optimierung der Netzkosten und zur Sicherung der Netzrendite haben wir mit der Erarbeitung einer risikoorientierten Asset Strategie begonnen. Auf Basis dieser Strategie sollen die Investitions- und Instandhaltungsbudgets unter Kosten-, Nutzen- und Risikoaspekten optimal allokiert werden; dabei steht die Versorgungssicherheit für uns nach wie vor an erster Stelle.

Chancen können sich u. a. durch neue Netzkooperationen und damit verbundene Effizienzsteigerungen ergeben.

Sollte das vom Hessischen Wirtschaftsminister unter anderem gegen die Mainova eingeleitete Kartellverfahren im Hinblick auf die angekündigte Senkung des Wasserpreises um 25 – 40 % Erfolg haben, so würde dies zu einem negativen Segmentergebnis Wasser führen.

Im Bereich öffentlicher Personennahverkehr bestehen Markt- und Wettbewerbsrisiken im Hinblick auf das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen und die Priorisierung der Ausschreibung von ÖPNV-Verkehrsleistungen durch die hessische Landesregierung sowie dem möglichen Verlust weiterer Leistungen im Busbereich ab Dezember 2008 und im Schienenbereich nach Auslaufen der Konzessionen im Jahr 2011. Hier erwarten wir für das kommende Geschäftsjahr weiterhin Verluste, jedoch in leicht verringertem Umfang. Durch Leistungserweiterungen und Ersatzinvestitionen ist mittel- bis langfristig absehbar, dass die umfangreichen Kostensenkungsmaßnahmen nicht ausreichen werden, um die durch Leistungssteigerungen verursachten höheren Betriebskosten und den zukünftigen Kapitaldienst für die Ersatzinvestitionen ausgleichen zu können. Letzteres gilt, durch die schwierige Finanzlage des Bundes und der Länder, für neue Projekte, mit der Ausnahme neuer Straßen- und Stadtbahnstrecken, die nur noch in geringem Umfang mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Im Bereich öffentlicher Schwimmstätten ist im Verlauf der Umsetzung von verschiedenen Maßnahmen aus dem verabschiedeten „Frankfurter Bäderkonzept 2004 - Leitlinien 2010“ mit niedrigeren Verlusten zu rechnen. Ohne Eingriff in das Leistungsangebot bzw. ohne die im Bäderkonzept 2004 vorgesehenen Preiserhöhungen wird es außerordentlich schwierig sein die Verluste weiter zu senken.

Bei dem zum 1. Januar 2006 neu hinzugekommenen Geschäftsfeld Abfallverbrennung rechnen wir auch für das kommende Geschäftsjahr noch mit einem Verlust. Mittel- bis langfristig gesehen erwarten wir hier jedoch einen positiven Ergebnisbeitrag.

Das Jahresergebnis 2007 sowie die Ergebnisse der Folgejahre werden im Wesentlichen durch Konsolidierungsmaßnahmen bzw. -methoden voraussichtlich positiv beeinflusst.

Durch die Einbringung des Bereiches Abfallentsorgung in die SWFH kommt der Wille der Stadt deutlich zum Ausdruck, den SWFH-Konzern durch Übertragung neuer Geschäftsfelder unterstützen zu wollen.

Ziel der SWFH ist, eine über dem Branchendurchschnitt liegende und operativ erwirtschaftete, nachhaltige Gesamtkapitalrendite bzw. einen über dem Branchendurchschnitt liegenden Kostendeckungsgrad zu erwirtschaften. Ergänzend werden voraussichtlich auch weitere, mit der Gesellschafterin abgestimmte, Maßnahmen erforderlich sein, um auch zukünftig die Konzerngesellschaften in die Lage zu versetzen, ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

## **VII. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

# **Jahresabschluss 2006**

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Konzernbilanz zum 31. Dezember 2006

### Aktiva

	Anhang	31.12.2006		31.12.2005	
		EUR	EUR	TEUR	TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>	(1)				
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		20.966.864,81		24.111	
2. Geschäfts- oder Firmenwert		176.767,50		0	
3. Geleistete Anzahlungen		307.940,00	21.451.572,31	125	24.236
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit					
a) Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten		265.808.322,86		199.385	
b) Bahnkörpern und Bauten des Schienenweges		12.414.720,54		10.926	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		539.655,18		603	
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten		4.520,49		5	
4. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nr. 1 und 2 gehören		13.674.134,36		14.437	
5. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen		136.569.722,18		139.716	
6. Verteilungsanlagen		404.576.689,24		408.592	
7. Thermische Entsorgungsanlagen		104.731.902,00		0	
8. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen		56.324.876,57		54.999	
9. Fahrzeuge für Personenverkehr		130.860.242,77		122.022	
10. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 5 bis 8 gehören		935.215,68		1.051	
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung		34.224.879,68		38.090	
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		120.876.387,26	1.281.541.268,81	131.057	1.120.883
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		644.877.258,93		592.897	
2. Beteiligungen		24.667.789,40		14.540	
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		24.436.737,92		26.218	
4. Wertpapiere des Anlagevermögens		49.233,58		49	
5. Sonstige Ausleihungen		3.257.428,50		3.297	
6. Genossenschaftsanteile		3.036,84	697.291.485,17	3	637.004
			2.000.284.326,29		1.782.123
<b>B. Umlaufvermögen</b>	(2)				
<b>I. Vorräte</b>					
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		31.467.061,11		36.037	
2. Unfertige Leistungen		3.672.723,73		1.441	
3. Waren		664.563,59	35.804.348,43	679	38.157
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich noch nicht abgerechnete Abschlagszahlungen		453.657.448,52		445.551	
2. Forderungen gegen Gesellschafter		-295.872.817,39		-261.089	
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00		3.005	
4. Sonstige Vermögensgegenstände		19.253.597,17	265.030.752,24	18.552	274.140
87.992.523,94				68.121	274.140
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>			117.821.364,60		56.079
			418.656.465,27		368.376
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	(3)		1.069.227,35		928
			2.420.010.018,91		2.151.427

**Passiva**

	Anhang	31.12.2006 EUR	31.12.2005 TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>	(4)		
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>		52.001.000,00	52.000
<b>II. Kapitalrücklage</b>		387.136.318,71	387.112
<b>III. Verlustvortrag</b>		-123.493.616,32	-159.957
<b>IV. Konzernergebnis</b>		44.854.280,44	27.509
<b>V. Anteile anderer Gesellschafter</b>		115.777.612,44	108.516
		476.275.595,27	415.180
<b>B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung</b>	(5)	72.032.782,11	72.030
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>		113.320.984,67	122.420
<b>D. Rückstellungen</b>	(6)		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		76.053.791,00	72.582
2. Steuerrückstellungen		2.977.047,07	5.031
3. Sonstige Rückstellungen		370.275.601,54	322.016
		449.306.439,61	399.629
<b>E. Verbindlichkeiten</b>	(7)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		825.912.714,87	725.045
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		8.682.063,20	6.880
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		136.929.878,01	93.653
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		69.997.278,18	35.487
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter		904.077,24	0
6. Sonstige Verbindlichkeiten, --davon aus Steuern EUR 30.691.411,56 (i. Vj. TEUR 22.055)-- --davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 46.102,25 (i. Vj. TEUR 7.215)--		247.543.999,20	261.532
		1.289.970.010,70	1.122.597
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	(8)	19.104.206,55	19.571
		2.420.010.018,91	2.151.427

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Konzerngewinn- und -verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

---

---

1.	Umsatzerlöse
2.	Erhöhung (i. Vj. Verminderung) des Bestands an unfertigen Leistungen
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen
4.	Sonstige betriebliche Erträge
5.	Materialaufwand
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen
6.	Personalaufwand
a)	Löhne und Gehälter
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung
	--davon für Altersversorgung EUR 22.748.812,42 (i. Vj. TEUR 22.705)--
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen
9.	Erträge aus assoziierten Unternehmen
10.	Erträge aus Beteiligungen
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
12.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
16.	Außerordentliche Erträge
17.	Außerordentliche Aufwendungen
18.	Außerordentliches Ergebnis
19.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
20.	Sonstige Steuern
21.	Konzernjahresüberschuss
22.	Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn
23.	Konzernergebnis

---

---

Anhang	2006		2005	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
(9)		1.770.170.229,79		1.524.347
		2.246.361,13		581
		10.821.381,76		12.580
(10)		133.357.404,71		136.924
(11)				
	1.122.764.679,09		916.603	
	125.657.644,83	1.248.422.323,92	80.008	996.611
(12)				
	241.908.740,04		246.968	
	70.513.855,35	312.422.595,39	72.155	319.123
(13)				
		124.784.414,21		104.891
(14)		198.682.959,92		202.455
(15)		65.288.696,31		51.754
(16)		3.351.421,20		3.217
		1.602.684,75		1.849
(17)		3.771.366,90		3.434
(14)		0,00		11.000
(17)		42.197.193,28		44.283
		64.100.059,83		56.323,00
		1.183.500,99		0
		1.183.500,99		0
(18)		0,00		0
(19)		558.862,32		8.036
(19)		3.524.510,69		1.411
		60.016.686,82		46.876
		15.162.406,38		19.367
		44.854.280,44		27.509

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2006

### **I. Allgemeines**

Der Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (DRSC) veröffentlichten Rechnungslegungs Standards (DRS) aufgestellt. Bestehen nach HGB und DRS Wahlrechte hinsichtlich Bilanzierung oder Bewertung oder wurden nach DRS nur Empfehlungen ausgesprochen bzw. über gesetzliche Pflichtangaben hinausgehende Angaben verlangt, so wurden die Vorschriften des HGB angewandt.

#### **Formelle Darstellung**

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Bei der Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewandt.

Durch die im Berichtsjahr erfolgte erstmalige Einbeziehung der AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH in den Konzernabschluss ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen nicht beeinträchtigt. Zu den jeweils betroffenen Posten werden verbale Erläuterungen gegeben, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

#### **Konsolidierungskreis**

In den Konzernabschluss sind neben der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH die Mainova AG, die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, die Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, die BäderBetriebe Frankfurt GmbH, die Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH und die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, bei denen der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH unmittelbar die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschafter zusteht, sowie mittelbar über die Mainova AG die Gasversorgung Main-Spessart GmbH, die Gasgeräte- und -heizungsgesellschaft mbH, die Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, die Mainova Energie-Dienste GmbH, die Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH, die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, die SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH sowie die Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH und mittelbar über die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft

Frankfurt am Main mbH die IN-DER-CITY-BUS GmbH und die Main Mobil Frankfurt GmbH einbezogen.

Die der Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH (EWT) gehörenden Anteile an drei Gesellschaften sind mittelbare Beteiligungen der Mainova AG; sie werden im Konzernabschluss als assoziierte Unternehmen ausgewiesen. Eine Übersicht über die verbundenen und assoziierten Unternehmen mit Angabe des Beteiligungsanteils, des Eigenkapitals und des Ergebnisses enthält die Anlage 1 des Konzernanhangs. Bei den dort als sonstige Beteiligungen aufgeführten Gesellschaften übte die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH in 2006 keinen maßgeblichen Einfluss aus.

### **Konsolidierungsgrundsätze**

Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss entsprechend den gesetzlichen Vorschriften einheitlich nach den bei der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH geltenden Bilanzierungsmethoden --bis auf Ausnahmen, die für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nur von untergeordneter Bedeutung sind-- einbezogen.

Die Kapitalkonsolidierung der Tochterunternehmen erfolgt nach der Buchwertmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem auf die Muttergesellschaft entfallenden anteiligen Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung.

Im Konzernabschluss wurden erstmalig die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH zum 1. Januar 2006 und die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH zum 31. Dezember 2006 einbezogen. Hinsichtlich der Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss, da die Gesellschaft noch nicht operativ tätig ist.

Die assoziierten Unternehmen werden zu Buchwerten zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung angesetzt und nach der Equity-Methode gemäß § 312 HGB bewertet.

Die aktiven Unterschiedsbeträge für assoziierte Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2006 insgesamt EUR 142,8 Mio.

Gemäß § 2 des am 29. Dezember 2004 geschlossenen und am 1. Januar 2005 wirksam gewordenen Gewinnabführungsvertrages zwischen der Beteiligungsholding Hanau GmbH, Hanau, und der Stadtwerke Hanau GmbH (SWH) erhält die Mainova AG jährlich eine Ausgleichszahlung, welche sich nach dem Ergebnis der Versorgungssparte der SWH bestimmt. Nach § 2 Abs. 2 des Gewinnabführungsvertrages beträgt diese Ausgleichszahlung 49,9 % des Ergebnisses der Versorgungssparte, mindestens jedoch EUR 2,1 Mio für jedes volle Geschäftsjahr. Auf Grund der vertraglichen Regelungen erfolgt die Fortschreibung des Beteiligungsbuchwertes ab dem 31. Dezember 2005 auf Basis des anteiligen (49,9 %) Eigenkapitals sowie des Ergebnisses

der Versorgungssparte der SWH. Grundlage hierfür ist die vom gesellschaftsrechtlichen Gewinnanspruch (46,9 %) abweichende wirtschaftliche Beteiligung der Mainova AG am Ergebnis der Versorgungssparte der SWH (49,9 %).

Aufwendungen und Erträge sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen werden eliminiert.

Zwischenergebnisse werden, soweit sie entstanden sind, nach § 304 Abs. 2 HGB nicht eliminiert.

### **Bilanzierung und Bewertung**

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände (einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert) werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um plan- und außerplanmäßige Abschreibungen sowie erhaltene Kapitalzuschüsse, angesetzt. Empfangene Ertragszuschüsse werden auf Grund der ab dem Jahr 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt. Die Herstellungskosten umfassen in Übereinstimmung mit den steuerlichen Vorschriften direkt zurechenbare Einzelkosten und angemessene Gemeinkosten. In Ausübung des Wahlrechts gem. § 255 Abs. 3 HGB werden die für die Finanzierung der Generalüberholung der Abfallverbrennungsanlage angefallenen Zinsen für Fremdkapital im Rahmen der Anschaffungskosten aktiviert. Für die Gleichrichterwerke erfolgte im Jahr 2002 eine Neubewertung und Anpassung der Restlaufzeiten. Daraus resultierte ein leichter Anstieg des jährlichen Abschreibungsaufwandes.

Auf Grund einer konzernweiten Grundsatzentscheidung werden die ab dem Jahr 2001 zugegangenen beweglichen Wirtschaftsgüter degressiv abgeschrieben. Außerdem wird die degressive Abschreibungsmethode auf Sachanlagen, die im Abschluss der Mainova AG den Gas- und Wärmebereich sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung betreffen, angewandt. Der Übergang zur linearen Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt. Alle übrigen abnutzbaren Anlagegüter werden linear abgeschrieben. Gemäß § 308 Abs. 2 HGB wurde eine Neubewertung auf Basis einheitlicher Abschreibungsmethoden nicht vorgenommen, da die Abweichung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Geringwertige Anlagegüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Bemessung der Nutzungsdauer für die Abschreibung der Anlagegüter orientiert sich an den Richtlinien der Finanzverwaltung.

Unter den Finanzanlagen werden die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen (Wertpapiere des Anlagevermögens und Genossenschaftsanteile) zu Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Ausleihungen sind zu Nenn- bzw. sofern unverzinslich und sofern wesentlich zu Barwerten bilanziert.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt.

Unfertige Erzeugnisse werden mit Herstellungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips verlustfrei bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten sowie angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten.

Waren werden zu Anschaffungskosten und sofern erforderlich mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten, ggf. vermindert um angemessene Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen, aktiviert.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) am 13. Dezember 2006 wird die ausschüttungsabhängige Realisierung von Körperschaftsteuerguthaben aufgegeben und durch eine ausschüttungsunabhängige ratierliche Auszahlung des zum 31. Dezember 2006 noch vorhandenen Körperschaftsteuerguthabens über einen zehnjährigen Auszahlungszeitraum ab 2008 ersetzt. Das auf Grund der Änderung des KStG gemäß SEStEG zu aktivierende KSt-Minderungsguthaben ist mit seinem Barwert angesetzt.

Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden sind bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt.

Die bis zum Jahr 2002 empfangenen Ertragszuschüsse für Anschlüsse und Netzanlagen werden passiviert und ratierlich über einen Zeitraum von zwanzig Jahren ergebniswirksam aufgelöst. Ab dem Jahr 2003 werden die empfangenen Ertragszuschüsse von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Anlagevermögens abgesetzt.

Durch die Abschaffung des § 308 Abs. 3 HGB besteht das Wahlrecht zur unveränderten Übernahme steuerrechtlicher Wertansätze aus den Einzelabschlüssen in einen handelsrechtlichen Konzernabschluss nicht mehr.

Bezüglich des Sonderpostens mit Rücklageanteil (Sopo) wurde demzufolge wie folgt verfahren:

- Die bereits am Ende des Jahres 2005 laut den Einzelabschlüssen bestehenden Sonderposten wurden erfolgsneutral mit dem Verlustvortrag verrechnet.
- Der im Berichtsjahr in den Einzelabschlüssen aufgelöste und gebildete Sonderposten wurde erfolgswirksam mit den sonstigen Erträgen bzw. Aufwendungen verrechnet
- Die bezüglich des Sonderpostens vorgenommene Sonderabschreibung wurde wieder zurückgenommen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beziehen sich auf den Personenkreis der ehemaligen Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene sowie in unserem Konzern beschäftigte beurlaubte Beamte. Zusätzlich sind hier auch so genannte „Deputatsverpflichtungen“ und Beihilfe-Ansprüche von ehemaligen Mitarbeitern enthalten.

Die Ermittlungen, auch die für Altersteilzeitverpflichtungen, erfolgten durch versicherungsmathematische Gutachten unter Zugrundelegung eines handelsrechtlich zulässigen Rechnungszinsfußes von 3,5 v. H.

Der Rückstellungsbetrag entspricht dem Teilwert. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richtlinien 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Den Mitarbeitern ist eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (Stadt Frankfurt am Main) zugesagt. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis ist diese Verpflichtung der Gesellschaft im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der Versorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main im Jahresabschluss nicht passiviert.

Mit der Ermittlung der Steuerrückstellungen und der sonstigen Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten abgedeckt. Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

In 2006 wurde die Rückstellung für Jubiläumszuwendungen erstmals mit einem Rechnungszinsfuß von 3,5 v. H. (i. Vj. 5,5 v. H.) angesetzt. Aus der Anpassung der Bewertungsgrundlage ergibt sich eine Ergebnisbelastung in Höhe von EUR 0,5 Mio.

Durch die Anpassung bei der Berücksichtigung der prozentualen Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme durch potenzielle Anwärter ohne abgeschlossenen Altersteilzeit-Vertrag ergibt sich eine Ergebnisverbesserung in Höhe von EUR 2,1 Mio.

Rückstellungen werden ferner unter Inanspruchnahme des Wahlrechts gemäß § 249 Abs. 2 HGB gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind zu Rückzahlungsbeträgen passiviert.

## **II. Erläuterungen zur Bilanz**

### **(1) Anlagevermögen**

Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens können dem Anlagenspiegel (Anlage 2 zum Konzernanhang) entnommen werden.

Die Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen resultieren fast ausschließlich aus dem Erwerb von Software im IT-Bereich.

Der Geschäfts- oder Firmenwert (EUR 0,2 Mio) resultiert aus nachträglichen Anschaffungskosten für ein einbezogenes Tochterunternehmen.

Den Schwerpunkt der Zugänge bei den Sachanlagen bildet die Grundsanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt einschließlich des Heizkraftwerkes, die Erneuerung des Heizkraftwerkes Niederrad, die Erweiterung und Erneuerung der Verteilungsanlagen im Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebereich, der Neubau eines Verwaltungsgebäudes sowie die Neuanschaffung von Fahrzeugen für den Personennahverkehr und der Ausbau des vorhandenen Streckennetzes einschließlich der hierfür geleisteten Anzahlungen. Die Abgänge resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf bzw. der Verschrottung von älteren Fahrzeugen für den Personennahverkehr und von Verteilungsanlagen.

### **(2) Umlaufvermögen**

In den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind hauptsächlich Bau- und Installationsmaterialien sowie der Kohle- und Heizölbestand für den Betrieb der Heizkraftwerke ausgewiesen.

Sämtliche Forderungen, bis auf das aktivierte KSt-Minderungsguthaben, haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Bei dem KSt-Minderungsguthaben entfallen EUR 0,8 Mio auf eine Laufzeit zwischen einem und fünf Jahren und EUR 3,4 Mio auf eine Laufzeit über fünf Jahre.

Die Forderungen gegen Gesellschafter wurden wie im Vorjahr mit den entsprechenden Verbindlichkeiten verrechnet. In diesem Jahr erfolgt der Ausweis unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter. Der Saldo resultiert aus dem laufenden Verrechnungsverkehr.

Von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, entfallen EUR 12,1 Mio (i. Vj. EUR 12,9 Mio) auf Lieferungen und Leistungen und EUR 7,2 Mio (i. Vj. EUR 5,6 Mio) auf sonstige Leistungen.

Der Posten sonstige Vermögensgegenstände enthält Ansprüche aus Steuererstattungen (EUR 47,1 Mio, i. Vj. EUR 38,3 Mio), insbesondere noch nicht geltend gemachte Vorsteuer aus Lieferantenrechnungen für 2006, die erst 2007 gestellt wurden, anrechenbare Körperschaft- und Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag, sowie Rückerstattungsansprüche aus Erdgas- und Mineralölsteuer.

Der zum 31. Dezember 2006 erstmalig bestehende Anspruch auf Erstattung des Körperschaftsteuerguthabens ist auf Grund der Unverzinslichkeit des Auszahlungsanspruchs zum Barwert unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4,0 % p. a. aktiviert und in den vorgenannten Ansprüchen aus Steuererstattungen enthalten. Weiterhin sind die Forderungen gegen diverse Gemeinden aus Gewerbesteuer-Vorauszahlungen 2006 enthalten, da für das laufende Geschäftsjahr keine Gewerbesteuer anfällt.

Außerdem bestehen Forderungen gegen die traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH bezüglich der Kooperationsförderung, des Nachteilsausgleichs Land Hessen sowie der Infrastrukturhilfe (EUR 27,0 Mio, i. Vj. EUR 23,2 Mio).

Der Finanzmittelbestand setzt sich aus den liquiden Mitteln sowie den Finanzmitteln beim Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main zusammen. Im Rahmen der Erstkonsolidierung der AVA zum 1. Januar 2006 wurden liquide Mittel in Höhe von EUR 26,9 Mio in den Konzernabschluss übernommen.

### **(3) Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Der Rechnungsabgrenzungsposten besteht überwiegend aus Finanzierungskosten (Disagio EUR 0,4 Mio) einer Darlehensaufnahme und wird entsprechend der Darlehenslaufzeit aufgelöst. Zusätzlich sind Vorauszahlungen für Mieten, Service- und Wartungsverträge enthalten.

### **(4) Eigenkapital**

Das Eigenkapital (einschließlich Anteile anderer Gesellschafter) beträgt zum Bilanzstichtag EUR 476,3 Mio. Das gezeichnete Kapital ist voll eingezahlt und wird ausschließlich von der Stadt Frankfurt am Main gehalten.

Die Veränderung des Verlustvortrages ergibt sich vor allem aus erfolgsneutralen Konsolidierungsbuchungen im Rahmen nach der at-equity-Methode einbezogenen Gesellschaften sowie dem Vortrag des Vorjahres-Konzernergebnisses.

Der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter enthält die den konzernfremden Gesellschaftern zustehenden Anteile an dem gezeichneten Kapital, den Gewinnrücklagen und dem Bilanzgewinn von in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen.

#### **(5) Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung**

Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung (erstmalige Aufstellung des Konzernabschlusses zum 1. Januar 1995) des Teilkonzerns der Mainova AG (vormals Maingas AG) in den Konzernabschluss war der Buchwert der Beteiligung beim Mutterunternehmen um EUR 34,3 Mio niedriger als das anteilige Eigenkapital des Teilkonzernabschlusses.

Ursache für den Unterschiedsbetrag waren Gewinnthesaurierungen bei den Unternehmen des Teilkonzerns, die in der Zeit zwischen Beteiligungserwerb und erstmaliger Einbeziehung in den Konzernabschluss erzielt wurden.

Außerdem ist in Höhe von EUR 37,7 Mio ein passiver Unterschiedsbetrag aus einer zum 2. Januar 2003 durchgeführten Sacheinlage zu fortgeführten Buchwerten durch den Gesellschafter in ein Tochterunternehmen (BäderBetriebe Frankfurt GmbH) des Konzerns enthalten.

#### **(6) Rückstellungen**

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen Pensionsverpflichtungen (EUR 21,8 Mio, i. Vj. EUR 22,0 Mio), Deputate für Freistrom (EUR 44,9 Mio, i. Vj. EUR 41,3 Mio) und Freifahrt (EUR 7,8 Mio, i. Vj. EUR 7,6 Mio) sowie Beihilfen und Unterstützungen (EUR 1,6 Mio, i. Vj. EUR 1,7 Mio).

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Altersteilzeit (EUR 97,4 Mio, i. Vj. EUR 96,3 Mio), Grundstücksrisiken auf Grund von Altlasten (EUR 58,8 Mio, i. Vj. EUR 64,0 Mio), unterlassene Instandhaltung (EUR 33,0 Mio, i. Vj. EUR 34,8 Mio), Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern (EUR 29,6 Mio, i. Vj. EUR 27,9 Mio), Restrukturierungsmaßnahmen (EUR 25,2 Mio, i. Vj. EUR 20,6 Mio), sonstige rechtliche Risiken (EUR 9,1 Mio, i. Vj. EUR 11,5 Mio) und Wertminderungen auf Grund steuerrechtlich motivierter Risiken aus der in früheren Jahren buchhalterisch und bilanziell berücksichtigten Wertminderung von wesentlichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (EUR 33,3 Mio, i. Vj. EUR 0,0 Mio).

## (7) Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung und Fälligkeit der einzelnen Verbindlichkeiten ergeben sich aus nachfolgendem Verbindlichkeitspiegel.

Art der Verbindlichkeiten	Gesamt betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu einem Jahr	von einem bis zu fünf Jah- ren	über fünf Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	825.913	45.421	158.616	621.876
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.682	8.682	0	0
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	136.930	136.930	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	69.997	69.997	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	904	904	0	0
6. Sonstige Verbindlichkeiten	247.544	88.245	34.280	125.019
(davon aus Steuern)	(30.691)	(30.691)	(0)	(0)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(46)	(46)	(0)	(0)
	1.289.970	350.179	192.896	746.895

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind zum überwiegenden Teil (EUR 660,2 Mio, i. Vj. EUR 547,3 Mio) durch Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Im Rahmen der Erstkonsolidierung der AVA zum 1. Januar 2006 wurden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von EUR 135,0 Mio in den Konzernabschluss übernommen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen handelt es sich in Höhe von EUR 66,9 Mio (i. Vj. EUR 29,4 Mio) um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter wurden mit den entsprechenden Forderungen saldiert und umfassen insbesondere die Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den von dem Gesellschafter übernommenen Finanzanlagen (EUR 41,4 Mio, i. Vj. EUR 41,4 Mio) sowie Konzessionsabgabe (EUR 11,8 Mio, i. Vj. EUR 0,0 Mio) abzüglich der Forderungen für Leistungen aus der öffentlichen Stadtbeleuchtung (EUR 28,7 Mio, i. Vj. EUR 24,5 Mio), einer Kaufpreisforderung aus einem Grundstücksverkauf (EUR 13,3 Mio, i. Vj. EUR 15,5 Mio), dem Stichtagswert der beim Kassen- und Steueramt geführten Verrechnungskonten (EUR 3,5 Mio, i. Vj. EUR 0,6 Mio) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (EUR 6,4 Mio, i. Vj. EUR 3,5 Mio).

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten überwiegend Darlehen der Zusatzversorgungskasse (EUR 110,0 Mio, i. Vj. EUR 111,2 Mio) sowie einer Versicherungsgesellschaft (EUR 50,0 Mio, i. Vj. EUR 50,0 Mio), Steuern (EUR 30,7 Mio, i. Vj. EUR 22,1 Mio) und empfangene Zuschüsse (EUR 5,7 Mio, i. Vj. EUR 21,2 Mio).

#### **(8) Passiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Der Bilanzposten enthält fast ausschließlich Zuschüsse von Vorlieferanten und Einnahmen aus dem Verkauf von Zeitkarten.

### **III. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

#### **(9) Umsatzerlöse (ausschließlich Inland)**

	2006	2005
	Mio EUR	Mio EUR
Strom	505,9	407,1
Wärme	101,3	92,3
Gas	828,5	707,9
Wasser	78,7	83,5
Nahverkehr	160,1	145,4
Eintrittsgelder Bäder	6,9	6,7
Sonstige Erlöse und empfangene Ertragszuschüsse	88,8	81,4
<b>Konzern-Außenumsatz</b>	<b>1.770,2</b>	<b>1.524,3</b>

Von den Umsatzerlösen sind EUR 5,2 Mio (i. Vj. EUR 6,1 Mio) periodenfremd.

Die Umsatzentwicklung ist im Lagebericht erläutert.

#### **(10) Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u. a. Hilfen des Landes im Rahmen der Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Mieten und Pachten, die gewährte Förderung nach dem Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraftwärmekopplung und Auflösung von Rückstellungen. Von den sonstigen betrieblichen Erträgen sind EUR 38,5 Mio (i. Vj. EUR 26,8 Mio) periodenfremd und entfallen vor allem auf die Auflösung von Rückstellungen und von Einzelwertberichtigungen sowie auf Buchgewinne aus Anlagenabgängen.

#### **(11) Materialaufwand**

Der Materialaufwand enthält periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 3,7 Mio.

## **(12) Personalaufwand**

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr EUR 312,4 Mio und war damit um EUR 6,7 Mio geringer als im Vorjahr. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus dem Personalarückgang.

### **Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt**

	2006	2005	Veränderung
Arbeiter	2.909	2.971	-62
Angestellte	2.787	2.838	-51
	5.696	5.809	-113

## **(13) Abschreibungen**

Im Berichtsjahr wurden ausschließlich planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

## **(14) Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Im Berichtsjahr verringerten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von EUR 202,5 Mio im Vorjahr auf EUR 198,7 Mio. Der Rückgang resultiert vor allem aus geringeren Rückstellungszuführungen.

Im Geschäftsjahr 2006 ist als größter Aufwandsposten die Konzessionsabgabe in Höhe von EUR 53,8 Mio (i. Vj. EUR 50,7 Mio) enthalten. Insgesamt sind EUR 61,0 Mio (i. Vj. EUR 8,8 Mio) periodenfremde Aufwendungen in den sonstigen Aufwendungen enthalten, welche vor allem Zuführungen zur Rückstellung betreffen.

## **(15) Ergebnis aus at-equity-Beteiligungen**

Das Ergebnis aus at-equity-Beteiligungen besteht aus Erträgen aus den im Rahmen der Equity-Fortschreibung vereinnahmten Jahresergebnissen in Höhe von EUR 65,3 Mio. Im Vorjahr waren zusätzlich Aufwendungen aus außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von EUR 11,0 Mio enthalten. Die Wertminderung entfiel auf die Stadtwerke Hanau GmbH.

## **(16) Erträge aus Beteiligungen**

Die Erträge aus Beteiligungen enthalten überwiegend die Ausschüttung der Süwag Energie AG (EUR 3,1 Mio) für das Geschäftsjahr 2005.

### **(17) Zinsergebnis**

	2006	2005
	Mio EUR	Mio EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,8	3,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42,2	44,3
	-38,4	-40,9

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren hauptsächlich aus Termingeldanlagen (EUR 2,2 Mio, i. Vj. EUR 2,0 Mio).

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind als größter Posten die Zinsen für Fremddarlehen (EUR 41,4 Mio, i. Vj. EUR 43,5 Mio) enthalten.

### **(18) Außerordentliches Ergebnis**

Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet ausschließlich die Erträge aus Versicherungsleistungen und die entsprechenden Aufwendungen für die Beseitigung des Brandschadens im Panoramabad Bornheim.

### **(19) Steuern**

Bei dem Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag handelt es sich überwiegend um Körperschaftsteuer, die auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre der Mainova AG entfällt, sowie Körperschaftsteuererstattungsansprüche aus Vorjahren (EUR 5,2 Mio). Außerdem sind periodenfremde Ertragsteuern in Höhe von EUR 0,9 Mio enthalten. Der sich aus der Bildung von passiven latenten Steuern ergebende Steueraufwand wurde mit dem sich ergebenden Ertrag aus der Bildung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge in gleicher Höhe aufgerechnet. Die damit korrespondierenden Bilanzposten wurden ebenfalls saldiert.

Die sonstigen Steuern betreffen hauptsächlich die Strom- und Erdgassteuer auf den Eigenverbrauch und gezahlte Grundsteuern. Weiterhin wurde eine Rückstellung für Umsatzsteuernachforderungen der Jahre 1997 bis 2000 gebildet (EUR 0,6 Mio).

#### **IV. Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Die finanziellen Verpflichtungen i. S. d. § 285 Nr. 3 HGB bewegen sich im Rahmen der üblichen Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen. Das Bestellobligo übersteigt nicht den branchenüblichen Umfang. Bei den vollkonsolidierten Unternehmen bestehen Verpflichtungen aus dem Bestellobligo vor allem für Baumaßnahmen und Dienstleistungen in Höhe von EUR 31,4 Mio (i. Vj. EUR 35,6 Mio) aus Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit einer Beteiligung an dem Gemeinschaftskraftwerk Irsching für die Jahre 2007 bis 2009 in Höhe von EUR 44,4 Mio (i. Vj. EUR 0,0 Mio) sowie aus Investitionsaufträgen gegenüber Generalunternehmen für die Generalsanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt in Höhe von EUR 173,3 Mio (i. Vj. EUR 0,0 Mio). Aus abgeschlossenen Strombezugsverträgen für die Jahre 2007 bis 2010 bestehen Verpflichtungen in Höhe von EUR 230,7 Mio (i. Vj. EUR 213,2 Mio), aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen Verpflichtungen in Höhe von EUR 401,3 Mio (i. Vj. EUR 436,1 Mio).

#### **V. Haftungsverhältnisse**

Der Konzern hat Verpflichtungen aus Vertragserfüllungsbürgschaften und zur Besicherung von Darlehen in Höhe von insgesamt EUR 91,5 Mio übernommen. Zusätzlich besteht eine Garantievereinbarung für die Rückzahlung von ausstehenden Finanzierungsmitteln in Höhe von bis zu EUR 21,8 Mio zuzüglich Zinsen. Weiterhin bestehen für den Konzern Verpflichtungen aus Patronatserklärungen in Höhe von EUR 1,0 Mio sowie aus der Übernahme von Ausfallrisiken in Höhe von EUR 1,9 Mio.

#### **VI. Sonstige Angaben**

Der Konzern setzt derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Sicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Gas- und Kohlebeschaffung ein. Daneben wird ein Anteil derivativer Finanzinstrumente im Bereich des Stromhandels eingesetzt.

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Sicherungsgeschäfte wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zu Grunde liegen.

## Derivative Finanzinstrumente

	Nominal <sup>1</sup>			Summe Vorjahr	Marktwert			Summe Vorjahr	
	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	Summe		Positiv	Negativ	Summe		< 1 Jahr
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR		TEUR
Strom									
Forward (long)	46.964	22.568	69.532	74.577	15.869	-1.251	14.618	10.476	25.660
Forward (short)	55.232	14.599	69.831	60.944	2.780	-5.357	-2.577	-2.368	-17.093
Kohle									
Swap (Payer)	21.833	12.477	34.310	40.837	1.883	-12	1.871	1.642	450
Swap (Receiver)	6.144	0	6.144	0	0	-71	-71	-71	0
Öl <sup>2</sup>									
Swap (Payer)	5.765	695	6.460	17.587	0	-575	-575	-566	-166
Swap (Receiver)	0	0	0	22.568	0	0	0	0	159
	135.938	50.339	186.277	216.513	20.532	-7.266	13.266	9.113	9.010

<sup>1</sup> Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2006 zu leisten sind.

<sup>2</sup> Die Ölswaps dienen zur Absicherung des Gaspreises. Der Gaspreis ist an den Ölpreis gekoppelt.

Die Marktwerte der Derivate wurden auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cash Flows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

### Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Mainova AG gemäß § 161 AktG.

Die Mainova AG hat die vom Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 161 AktG abgegebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex am 11. Dezember 2006 bzw. 5. März 2007 im Internet ([www.mainova.de](http://www.mainova.de)) abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

## **VII. Organe der Gesellschaft**

### **Aufsichtsrat**

#### **Vertreter der Anteilseigner**

- Dr. h.c. Petra Roth, Oberbürgermeisterin,  
--Vorsitzende--
- Horst Hemzal, Stadtkämmerer (bis 31. März 2007)
- Uwe Becker, Stadtkämmerer (ab 1. April 2007)
- Karl-Heinz Bührmann, Bahnoberamtsrat a.D.
- Frank A. Zimmermann, Stadtrat (ab 1. November 2006)
- Erika Pfreundschuh, Dipl. Finanzwirtin (ab 1. November 2006)
- Dr. Lutz Raettig, Dipl. Kaufmann (ab 1. November 2006)
- Helmut-Alexander Heuser, Angestellter
- Patrick Schenk, Rechtsanwalt (ab 1. November 2006)
- Angela Hanisch, Dipl. Psychologin
- Uwe Paulsen, Studiendirektor (ab 1. November 2006)
- Dr. Ursula Fechter, Steuerberaterin (ab 20. Januar bis 31. Oktober.2006)
- Isa Petersohn, Stadträtin (bis 7. Oktober 2006)
- Nikolaus Burggraf, Stadtrat (bis 31. Oktober 2006)
- Günter Dürr, Jurist (bis 31. Oktober 2006)
- Peter Manuel Feldmann, Dipl. Politologe (bis 31. Oktober 2006)

### **Vertreter der Arbeitnehmer**

- Thomas Wissgott, Geschäftsführer (ab 1. Januar 2006)  
--stellv. Vorsitzender-- (ab 1. November 2006)
- Harald Wagner, Gewerkschaftssekretär (bis 31. Oktober 2006)  
--stellv. Vorsitzender-- (vom 4. April bis 31. Oktober 2006)
- Ralf Stamm, Gewerkschaftssekretär (ab 1. November 2006)
- Frank Weiser, kfm. Angestellter (ab 1. November 2006)
- Lothar Huber, Dipl. Ingenieur (ab 1. November 2006)
- Peter Arnold, Trafomechaniker
- Erich Braun, Betriebswirt
- Hiltrud Fink-Geis, Energieberaterin (ab 1. November 2006)
- Eckehard Kalweit, Nachrichtentechniker
- Jürgen Räcke, Schienenbahnfahrer (ab 1. November 2006)
- Julian Sanchez-Diaz, Schienenbahnfahrer
- Günter Adam, Kommunikationstechniker (bis 31. Oktober 2006)
- Helmut Krause, Metallbauer/Elektriker (bis 30. Juni 2006)
- Aysel Özen, Kantinenmitarbeiterin (ab 1. Juli 2006 bis 31. Oktober 2006)
- Thomas Raasch, Dipl. Kfm. (bis 31. Oktober 2006)
- Joachim Schwantje, Kfm. Angestellter (bis 31. Mai 2006)
- Wolfgang Menges, Dipl. Ingenieur (vom 1. Juni bis 31. Oktober 2006)

### **Geschäftsführung**

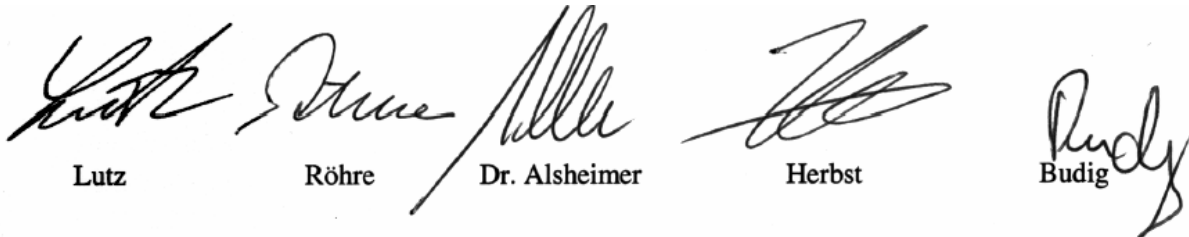
- Werner Lutz, Vorsitzender und kaufmännischer Geschäftsführer
- Werner Röhre, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
- Dr. Constantin Alsheimer, Geschäftsführer (ab 4. April 2006)
- Lothar Herbst, Geschäftsführer (ab 6. Juli 2007)
- Ewald Woste, Geschäftsführer (bis 31. Dezember 2006)
- Jürgen Wann, Geschäftsführer (bis 31. März 2006)
- Michael Budig, Geschäftsführer

An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden netto TEUR 111 (i. Vj. TEUR 95) vergütet.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen TEUR 1.673 (i. Vj. TEUR 1.388). An ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene wurden Ruhegelder in Höhe von TEUR 336 (i. Vj. TEUR 335) gezahlt. Für die vorgenannten Personengruppen sind Ansprüche in Höhe von TEUR 4.896 (i. Vj. TEUR 4.603) zurückgestellt, die in der Bilanz unter dem Posten Rückstellungen für Pensionen ausgewiesen sind.

Frankfurt am Main, den 5. September 2007

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH



Lutz Röhre Dr. Alsheimer Herbst Budig

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

## Aufstellung des Anteilsbesitzes zum 31. Dezember 2006

Firma	Anteil % *	Eigen- kapital TEUR	Jahresergebnis Jahr	TEUR	Branchen- zugehörigkeit	
<b>Verbundene Unternehmen</b>						
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main	100,00	29.768	2006	-53.185 <sup>1</sup>	Öffentlicher Personennahverkehr	
Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	9.128	2006	3.012 <sup>1</sup>	Energie- und Wasserversorgung	
BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	100,00	37.710	2006	-19.985 <sup>1</sup>	Öffentliche Schwimmstätten	
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, Frankfurt am	100,00	25	2006	-2.802 <sup>1</sup>	Abfallentsorgung	
Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main	100,00	25	2006	-4 <sup>1</sup>	Öffentlicher Personennahverkehr	
Gasversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	100,00	5.624	2006	1.121 <sup>6</sup>	Energie- und Wasserversorgung	
IN-DER-CITY-BUS GMBH, Frankfurt am Main	100,00	754	2006	9	Öffentlicher Personennahverkehr	
Mainova EnergieDienste GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100	2006	305 <sup>6</sup>	Energie- und Wasserversorgung	
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	50	2006	3.409 <sup>6</sup>		
SRM Straßenbeleuchtung Rhein Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	25	2006	0		
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Frankfurt am Main	90,00	604	2006	-7.731 <sup>8</sup>		
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main	90,00	7.043	2006	-2.037 <sup>6</sup>		
Gasgeräte- und -heizungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	80,19	3.172	2006	193		
Mainova AG, Frankfurt am Main	75,22	356.679	2006	55.554 <sup>1</sup>		
Erdgas Westhüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	56,00	26.652	2006	4.587		
Main Mobil Frankfurt GmbH, Offenbach am Main	51,00	232	2006	23		Öffentlicher Personennahverkehr
<b>Assoziierte Unternehmen</b>						
VIAS GmbH Verkehrsbetriebe, Frankfurt am Main	50,00	1.194	2006	1.087	Öffentlicher Personennahverkehr	
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	50,00	21.063	2006	2.300	Energie- und Wasserversorgung	
ENAG / Maingas Energieanlagen GmbH (EMEG), Eisenach	50,00	8.695	2006	932 <sup>2</sup>		
Kraft-Wärme Oberschmitt GmbH, Nidda	50,00	0	2006	283		
Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	50,00	8.929	2006	945		
MHKW Müllheiztaftwerk Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	50,00	19	2006	-7		
Main Mobil Offenbach GmbH, Offenbach am Main	49,00	212	2006	4	Öffentlicher Personennahverkehr	
Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	46,90	34.367	2006	10.223 <sup>5</sup>	Energie- und Wasserversorgung	
Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main	37,70	81.728	2006	13.156		
Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	36,36	43.705	2006	4.878		
Hessenwasser Verwaltungs GmbH, Groß-Gerau	36,33	41	2006	3		
Ohra Hörseilgas GmbH, Hörseilgau	27,44	14.265	2006	4.939 <sup>2</sup>		
Werragas GmbH, Bad Salzungen	27,44	12.125	2006	3.088 <sup>2</sup>		
Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	26,25	14.931	2006	3.570 <sup>3,4</sup>		
Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach	25,10	12.159	2006	1.926 <sup>2</sup>		
Fraport AG, Frankfurt am Main	20,24	2.346.100	2006	228.900 <sup>3</sup>		Flughäfen
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH, Vohburg	15,60	42	2006	-459		Energie- und Wasserversorgung
<b>Beteiligungen</b>						
Offenbacher Verkehrs-Betriebe GmbH, Offenbach am Main	49,00	3.179	2006	-7.168 <sup>7</sup>		
Gasturbinen-Gesellschaft für Kalle-Albert mbH, Wiesbaden	39,00	1.366	2006	333		
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH, Frankfurt am Main	29,90	3.638	2005	314		
Syneco Verwaltungs GmbH, München	25,10	5.669	2006	142		
Syneco GmbH & Co. KG, München	12,67	7.194	2006	1.563		
Syneco Trading GmbH, München	12,67	12.942	2006	2.503		
VDV-Kernapplikations GmbH Co. KG, Köln	12,50	186	2005	-5		

\* Stand 31.12.2006

<sup>1</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

<sup>2</sup> Bilanzstichtag 30. September

<sup>3</sup> vor Einstellung in die Gewinnrücklage

<sup>4</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadt Dreieich Holding GmbH

<sup>5</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Beteiligungs-Holding Hanau GmbH

<sup>6</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Mainova AG

<sup>7</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Offenbach Holding GmbH

<sup>8</sup> Es besteht ein Konsortialvertrag mit der Mainova AG

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

## Frankfurt am Main

### Konzern-Anlagenspiegel für das Geschäftsjahr 2006

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					
	1.1.2006	Anteilige Eigenkapital- änderungen	Zugänge	Zugang aus Erstkonsoli- dierung AVA zum 1.1.2006	Abgänge	Umbuchungen
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	62.261.470,19	0,00	946.732,01	21.290,06	0,00	388.690,01
2. Geschäfts- oder Firmenwert	186.478,88	0,00	235.690,00	0,00	0,00	0,00
3. Geleistete Anzahlungen	125.500,00	0,00	307.940,00	0,00	0,00	-125.500,00
	62.573.449,07	0,00	1.490.362,01	21.290,06	0,00	263.190,01
<b>II. Sachanlagen</b>						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	533.447.231,42	0,00	12.999.746,57	905.628,97	3.055.937,68	66.169.725,29
2. Technische Anlagen						
a) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentraler	625.278.798,66	0,00	14.248.262,56	0,00	0,00	935.315,91
b) Verteilungsanlagen	2.011.871.554,94	0,00	29.924.217,84	0,00	23.429.339,95	28.861.169,93
c) Thermische Entsorgungsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	106.945.563,44
3. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	328.438.936,56	0,00	6.152.619,02	0,00	3.963.762,33	3.334.876,02
4. Fahrzeuge für Personenverkehr	387.957.790,76	0,00	-1.887.807,83	0,00	4.855.359,71	27.451.207,41
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	11.100.287,30	0,00	53.988,49	0,00	68.646,28	0,00
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	185.516.283,13	0,00	7.884.463,93	65.318,63	3.211.178,56	1.739.229,89
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	131.056.460,36	0,00	117.509.856,66	108.046.478,35	36.130,21	-235.700.277,90
	4.214.667.343,13	0,00	186.885.347,24	109.017.425,95	38.620.354,72	-263.190,01
<b>III. Finanzanlagen</b>						
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	605.129.724,51	46.577.184,01	6.571.883,68	0,00	1.168.399,61	0,00
2. Beteiligungen	14.591.450,24	0,00	10.127.467,84	0,00	0,00	0,00
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28.111.703,71	0,00	0,00	0,00	1.781.120,12	0,00
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	49.233,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Ausleihungen	3.297.264,94	0,00	487.862,25	0,00	527.698,69	0,00
6. Genossenschaftsanteile	3.036,84	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	651.182.413,82	46.577.184,01	17.187.213,77	0,00	3.477.218,42	0,00
	4.928.423.206,02	46.577.184,01	205.562.923,02	109.038.716,01	42.097.573,14	0,00

AVA: AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH

Kumulierte Abschreibungen						Buchwerte	Buchwerte	
31.12.2006	1.1.2006	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zugang aus Erstkonsolidierung AVA zum 1.1.2006	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2006	31.12.2006	31.12.2005
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
63.618.182,27	38.150.836,35	4.498.526,05	1.955,06	0,00	0,00	42.651.317,46	20.966.864,81	24.110.633,84
422.168,88	186.478,88	58.922,50	0,00	0,00	0,00	245.401,38	176.767,50	0,00
307.940,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	307.940,00	125.500,00
<b>64.348.291,15</b>	<b>38.337.315,23</b>	<b>4.557.448,55</b>	<b>1.955,06</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>42.896.718,84</b>	<b>21.451.572,31</b>	<b>24.236.133,84</b>
610.466.394,57	308.091.354,53	12.314.851,47	0,00	2.381.654,83	489,97	318.025.041,14	292.441.353,43	225.355.876,89
640.462.377,13	485.562.710,52	18.534.571,73	0,00	204.627,30	0,00	503.892.654,95	136.569.722,18	139.716.088,14
2.047.227.602,76	1.603.279.521,46	49.257.858,96	0,00	9.886.466,90	0,00	1.642.650.913,52	404.576.689,24	408.592.033,48
106.945.563,44	0,00	2.213.661,44	0,00	0,00	0,00	2.213.661,44	104.731.902,00	0,00
333.962.669,27	273.439.559,63	7.958.893,68	0,00	3.760.660,61	0,00	277.637.792,70	56.324.876,57	54.999.376,93
408.665.830,63	265.935.962,59	16.515.242,98	0,00	4.645.617,71	0,00	277.805.587,86	130.860.242,77	122.021.828,17
11.085.629,51	10.049.257,11	169.803,00	0,00	68.646,28	0,00	10.150.413,83	935.215,68	1.051.030,19
191.994.117,02	147.425.913,03	13.262.082,40	15.018,63	2.933.286,75	-489,97	157.769.237,34	34.224.879,68	38.090.370,10
120.876.387,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	120.876.387,26	131.056.460,37
<b>4.471.686.571,59</b>	<b>3.093.784.278,87</b>	<b>120.226.965,66</b>	<b>15.018,63</b>	<b>23.880.960,38</b>	<b>0,00</b>	<b>3.190.145.302,78</b>	<b>1.281.541.268,81</b>	<b>1.120.883.064,27</b>
657.110.392,59	12.233.133,66	0,00	0,00	0,00	0,00	12.233.133,66	644.877.258,93	592.896.590,85
24.718.918,08	51.128,68	0,00	0,00	0,00	0,00	51.128,68	24.667.789,40	14.540.322,56
26.330.583,59	1.893.845,67	0,00	0,00	0,00	0,00	1.893.845,67	24.436.737,92	26.217.858,04
49.233,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	49.233,58	49.233,58
3.257.428,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.257.428,50	3.297.264,94
3.036,84	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.036,84	3.036,84
711.469.593,18	14.178.108,01	0,00	0,00	0,00	0,00	14.178.108,01	697.291.485,17	637.004.306,81
<b>5.247.504.455,92</b>	<b>3.146.299.702,11</b>	<b>124.784.414,21</b>	<b>16.973,69</b>	<b>23.880.960,38</b>	<b>0,00</b>	<b>3.247.220.129,63</b>	<b>2.000.284.326,29</b>	<b>1.782.123.504,92</b>

# **Kapitalfluss- rechnung**

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Kapitalflussrechnung

	2006	2005
	TEUR	TEUR
Konzernjahresüberschuss	60.017	46.876
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	124.784	115.891
Gewinne (i. Vj. Verluste) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-8.063	3.164
Zunahme der Rückstellungen	49.677	36.356
Ausgeschüttetes Ergebnis von assoziierten Unternehmen	33.413	24.153
Zahlungsunwirksame Veränderungen bei Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-79.989	-17.271
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	3.111	7.051
Veränderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	9.563	-15.072
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	82.434	-65.629
<b>Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>274.947</b>	<b>135.519</b>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	26.279	-8.863
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-205.563	-136.391
<b>Cash Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-179.284</b>	<b>-145.254</b>
Garantiedividende	-13.063	-13.063
Veränderung Empfangene Ertragszuschüsse	-9.099	-14.195
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	-35.656	-25.642
<b>Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-57.818</b>	<b>-52.900</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestands	37.845	-62.635
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	56.635	119.270
Konsolidierungskreisbedingte Änderung des Finanzmittelfonds	26.868	0
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>121.348</b>	<b>56.635</b>

Der Finanzmittelbestand setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006	31.12.2005
	TEUR	TEUR
Liquide Mittel	117.821	56.079
Finanzmittel beim Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main	3.527	556
	<b>121.348</b>	<b>56.635</b>

# **Eigenkapital- Entwicklung**

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Eigenkapitalspiegel

	Mutterunternehmen				Minderheits- gesellschafter		
	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Erwirtschaftetes Konzern Eigenkapital		Eigen- kapital	Anteile anderer Gesell- schafter	Konzern- Eigenkapital
			Verlust- vortrag	Konzern- ergebnis			
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
31.12.2004	52.000	387.112	-129.971	-8.648	300.493	100.639	401.132
Garantiedividende	0	0	0	0	0	-13.063	-13.063
Konzern-Jahres- ergebnis	0	0	0	27.509	27.509	19.367	46.876
Übrige Verände- rungen	0	0	-29.986	8.648	-21.338	1.573	-19.765
31.12.2005	52.000	387.112	-159.957	27.509	306.664	108.516	415.180
Garantiedividende	0	0	0	0	0	-13.063	-13.063
Konzern-Jahres- ergebnis	0	0	0	44.854	44.854	15.163	60.017
Kapitalerhöhung	1	24	0	0	25	0	25
Übrige Verände- rungen	0	0	36.464	-27.509	8.955	5.162	14.117
31.12.2006	52.001	387.136	-123.493	44.854	360.498	115.778	476.276

# **Bestätigungs- Vermerk**

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalpiegel und Anhang-- und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 6. September 2007

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vogler  
Wirtschaftsprüfer

Hauptmann  
Wirtschaftsprüfer

